

Es gilt das gesprochene Wort!

**Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand des
Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Europäischer Aktionstag

**„Genug jetzt! Alternativen sind möglich –
für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit!“**

Magdeburg, 29. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Für den heutigen Tag ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zum Aktionstag auf unter der Überschrift:

„Genug jetzt! Alternativen sind möglich – für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit!“

An diesem Aktionstag beteiligen sich heute überall in Europa Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – mit ganz unterschiedlichen Aktionen –, um gemeinsam ihren Protest gegen den fatalen Kurs der Politik in Europa zum Ausdruck zu bringen, der die gesamten Lasten der Krise bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ablädt, die Verarmung und soziale Spaltung irrsinnig beschleunigt und gleichzeitig noch die Wirtschaft abwürgt.

Dieser Kurs ist sozial zutiefst ungerecht und ökonomisch ausgemachter Unsinn!

Was dieser Kurs bedeutet, sieht man gerade ganz plastisch in Griechenland – da steht die Hälfte der Jugendlichen auf der Straße, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Die Löhne werden massiv gesenkt, die Tarifautonomie ausgehebelt. Selbst der Mindestlohn – das Minimum, das Mindeste also, was den Menschen zusteht – wird wieder und wieder zusammengekürzt. Als wäre der das Problem!

Die sozialen Folgen dieses Kurses sind erschreckend, die Nachrichten und Bilder von Verelendung machen richtig zornig. Wir stehen heute auch deshalb hier, um unsere Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in Griechenland zum Ausdruck zu bringen. Von hier aus nach Griechenland die solidarischen Grüße des deutschen Gewerkschaftsbundes!

Dafür stehen wir in Deutschland nicht allein hier in Magdeburg auf der Straße, ich will hier nur zwei weitere Aktionen nennen: Auf der Europabrücke stehen unsere Kollegen aus dem Saarland gemeinsam mit den französischen Gewerkschaften, im Aachener Raum gibt es gemeinsame Aktionen von DGB und belgischen und luxemburgischen Gewerkschaften. Je mehr Merkel Europa in die falsche Richtung drückt, desto klarer müssen wir als deutsche Gewerkschaften für ein Europa der Solidarität eintreten.

Es geht nicht nur um Griechenland, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern um die Zukunft von Europa insgesamt. Und die droht gerade kaputt gespart zu werden, die Wirtschaft abgewürgt. Die Gewerkschaften in ganz Europa sind sich einig: Wir wollen ein Europa für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein soziales Europa, das nicht von Börse, Finanzkonzernen und Banken bestimmt ist und im Würgegriff der Finanzmärkte fest hängt.

Wenn Merkel und Sarkozy von Gipfel zu Gipfel eilen, um – wie sie selbst sagen – die Finanzmärkte zu beruhigen, ist das für Demokratinnen und Demokraten Anlass für größte Beunruhigung. Was ist das für ein Armutszeugnis für die Politik, wenn sie um die Zustimmung der Finanzmärkte bettelt statt sie zu regulieren. Das wäre doch ihre Aufgabe!

Stattdessen setzt die Politik auf Sozialkürzungen, Lohnsenkungen, Eingriffe in die Tarifautonomie. Merkel will Rente mit 67 und Agenda 2010 für alle in Europa – wir kennen die Folgen nur allzu gut, nämlich soziale Spaltung und Ausgrenzung. Ein solches Europa hat keine Zukunft!

Was wir brauchen, ist ein demokratisches Europa, ein soziales Europa mit einer Zukunft für die Menschen – dafür brauchen wir einen Weg, der aus der Krise führt und nicht noch tiefer hinein.

D.h., als erstes brauchen wir einen Marshall-Plan, einen Zukunftsinvestitionsfonds, zu dem gerade die mit den größten Vermögen auch den größten Anteil zahlen. Die Ungleichgewichte in Europa, die Grenzen, die es hier in Europa wirklich gibt, verlaufen doch nicht zwischen

einzelnen Ländern oder zwischen Nord und Süd, sondern die verlaufen zwischen Arm und Reich. Wenige Reiche werden immer reicher und immer mehr Menschen werden immer ärmer. Ein Zukunftsinvestitionsfonds, wie wir ihn fordern, kann beides schaffen, nämlich wieder eine wirtschaftliche und soziale Perspektive in den Krisenländern, und gleichzeitig wäre er ein dringend nötiger Schritt zu einer gerechteren Verteilung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Finanzmärkte müssen endlich reguliert werden – die vielbeschworene Finanztransaktionssteuer ist hier nur der erste Schritt, aber der muss endlich getan werden!

Und: Wir erwarten Respekt für die Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Respekt für Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaftsrechte und für soziale Absicherungen, die diesen Namen auch verdient haben.

Wir werden Eingriffe in die Tarifautonomie nicht hinnehmen – unsere klare Botschaft heißt: Hände weg von der Tarifautonomie! Eine Bankenkrise lässt sich doch nicht lösen über Lohnkürzungen, Einschnitte beim Kündigungsschutz oder Rentenkürzungen, im Gegenteil: Wir brauchen eine faire Verteilung des Reichtums, aber auch der Gewinne. Das gilt für Europa, gerade aber auch für Deutschland.

Die Schattenseite der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands ist der irrsinnig große Niedriglohnbereich, der größte in Europa. Den müssen wir endlich eindämmen – mit Existenzsicherndem gesetzlichen Mindestlohn, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit auch in der Leiharbeit.

Außerdem brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ihren fairen Anteil, gutes Geld für gute Arbeit – 6,5 Prozent ist da wirklich nicht zu viel!